

Rentner (74) stirbt bei Autounfall

Rebstein. – Ein 74-jähriger Autofahrer ist am Sonntagabend bei einem Selbstunfall in Rebstein ums Leben gekommen, wie die Polizei mitteilte. Der Mann kam mit seinem Wagen in einer Kurve von der Strasse ab. Er fuhr gegen einen Baumstrunk, worauf das Auto in die Luft katapultiert wurde. Der Fahrer war auf der Stelle tot. (sda)

Verletzt nach Raub der Handtasche

Buchs. – Einer 81-jährige Frau ist am Sonntagmorgen in Buchs die Handtasche gestohlen worden. Die Frau war auf dem Heimweg von der Kirche, als ihr von hinten jemand von einem Velo aus die Tasche stahl. Dabei stürzte die Frau und verletzte sich am Kopf. Laut Angaben der Polizei musste die verletzte Seniorin in ein Spital eingeliefert werden. Der Täter oder die Täterin entkam. (sda)

Chauffeur stürzt von Tankwagen

St. Gallen. – Beim Sturz von einem Tankwagen hat sich ein Chauffeur am Montag in St. Gallen leichte Rückenverletzungen zugezogen. Er musste laut Polizei in ein Spital eingeliefert werden. Der Mann war drei Meter in die Tiefe gestürzt, als er beim Herabsteigen einen Tritt der Leiter verpasst hatte. (sda)

Unfall fordert vier Verletzte

Heerbrugg. – Vier Personen sind am Sonntag bei einem Zusammenstoss zweier Autos leicht verletzt worden. Sie mussten sich in ärztliche Behandlung begeben. Laut Angaben der Polizei wurde der Unfall auf einer Kreuzung verursacht; die Ursache ist unklar. Unter den Verletzten waren drei Kinder. (sda)

Auf in die Fusions-Debatte

Am 23. Oktober organisiert die «Südostschweiz» ein Podium zur ausserordentlichen Landsgemeinde. Experten sollen dort vor viel Volk schon mal debattieren können.

Von Maya Rhyner

Glarus. – Ökonom Reiner Eichenberger macht mit. Staatsrechtler Rainer Schweizer, Vater der Glarner Verfassung, auch. Sie bilden die Seite, die der Grossfusion gegenüber kritisch eingestellt ist. Ursin Fetz, Professor an der HTW Chur, und Fritz Schiesser, Projektleiter der Gemeindestrukturreform, argumentieren am 23. Oktober auf der Gegenseite.

Das Experten-Podium soll einen substanzialen Beitrag zur Meinungsbildung darstellen, bevor es rund einen Monat später auf dem Ring in Glarus zu einem Entscheid über die laufende Gemeindefusion kommen wird. Dazwischen ist ein weiteres Podium der Staatsbürgerlichen Gesellschaft geplant, an dem mehr die Emotionen zum Tragen kommen sollen (siehe Box).

«Verrückt» oder «grosse Chance?» «Die Glarner machen etwas Verrücktes», sagte Ökonom Reiner Eichen-

berger in einem Interview mit der «Südostschweiz» im Mai. Der Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Fribourg glaubt auch, dass man mit solchen Fusionen nichts einsparen könne.

Etwas anders sieht es Rainer Schweizer, Professor für öffentliches Recht, einschliesslich Europa- und Völkerrecht, und Staatsrechtsprofessor in St. Gallen. Er war anfänglich zwar auch auf der skeptischen Seite zu finden, schrieb später aber in einem Bericht in der «Südost-

schweiz» von der «grossen Chance», die es nun zu packen gelte.

Die andere Seite

Fritz Schiesser vertritt in der Kanti-Aula den offiziellen Standpunkt der Regierung und des Landrats und wird den Entscheid der Landsgemeinde 2006 zu verteidigen wissen.

Rechtsanwalt Ursin Fetz, der schon diverse Gemeindefusions-Projekte geleitet hat (unter anderem Bever-Samedan oder Trimmis-Says), wird seine Erfahrungen und Ein-

schätzungen einbringen. Er befasst sich in der Gemeindeberatung mit der Kooperation von Gemeinden und deren rechtlichen Rahmenbedingungen und hat einen Leitfaden für Gemeindefusionen herausgegeben.

Das Podium startet um 20 Uhr und wird von «Südostschweiz»-Redaktionsleiter Rolf Hösli und Redaktor Fridolin Elmer geleitet.

Di, 23. Oktober, 20 Uhr, Aula der Kantonschule Glarus.



Am anderen Podium ist das Volk gefragt

Glarus. – Die Glarnerische Staatsbürgerliche Gesellschaft organisiert am 6. November ebenfalls in der Aula der Kanti einen Diskussionsanlass zur ausserordentlichen Landsgemeinde.

Wie beim «Südostschweiz»-Podium sind Fragen und Beiträge aus dem Volk erwünscht. Bei den Staatsbürgerlichen soll der Volksmeinung aber mehr Platz eingeräumt werden, als am Expertenpodium der «Südostschweiz». (fe)

Illustres Quartett: Reiner Eichenberger, Rainer Schweizer, Fritz Schiesser und Ursin Fetz (von oben links im Uhrzeigersinn) diskutieren am 23. Oktober Vor- und Nachteile von Gemeindefusionen.

LESERBRIEFE

Ob dann alles besser und günstiger wird?

Als früheres, langjähriges Gemeinderatsmitglied von Filzbach weiss ich:

- Rund 90 Prozent aller Geschäfte, welche in den heutigen Gemeinderäten behandelt werden, betreffen Geschäfte und Begebenheiten der eigenen Gemeinde. Etwa Strassenunterhalt, Schneeräumung, Wasserversorgung und Abwasser, Entsorgung, Forstbelange und Forsterschliessungen, Wünsche und Reklamationen aus der kommunalen Bevölkerung, Bauwilligungen, Erschliessungen, Netzerweiterungen, Bauordnungen, touristische Erschliessungen und Orientierungen in und um die Ortschaften.

Ob alle diese Geschäfte besser und günstiger gelöst werden könnten, wenn kein einziges Ratsmitglied aus dem jeweiligen Dorf ist, muss bezweifelt werden.

- Der Zusammenschluss von Rapperswil und Jona ist nicht vergleichbar mit einem Zusammenschluss, wie sie von der Glarner Regierung gewünscht wird. Warum?

In Rapperswil-Jona verlaufen Strassen, Wasser-, Abwasser-, Gas- und EW-Leitungen jeweils grenzüberschreitend zwischen den Dörfern durch. Andererseits mussten vor dem Zusammenschluss Zählwerke eingebaut und unterhalten werden, damit ersichtlich war, welche Gemeinde, wie viel zu bezahlen hatte. Etwas anders sieht es topographisch im Glarnerland aus.

Eine neue Wasserversorgung Filz-

bach ist auf 2,6 Millionen Franken budgetiert. Eine Verbindung der Wasserversorgungen Filzbach/Obstalden, würde aus topographischen Gründen zusätzlich rund 1,5 Millionen Franken kosten. Nachher müsste das Wasser so oder so, auf beide Seiten gepumpt werden. Ob dieses Geschäft, extern bearbeitet und verwaltet, besser und günstiger gelöst werden könnte, darf bezweifelt werden.

- Ebenfalls bezweifelt werden muss, dass sich nachher die guten, in der Privatwirtschaft hoch bezahlten Personen finden lassen, um für jährlich 20 000 Franken Entschädigung, in den neuen Gemeinderäten Einsitz zu nehmen. Ernst Menzi, Filzbach

Die Strukturen des Kantons ändern

(Auszug) Nach Zusammenschlüssen von Dorfgemeinden können die Dorfbewohner nicht mehr allein über die Angelegenheiten ihres Dorfes bestimmen. Die Bevölkerung von allen anderen Dörfern der Grossgemeinde stimmen mit, und zwar mit erdrückender Überzahl. Und umgekehrt müssen Sie selber in einer grossen Gemeindeversammlung über all den Kleinkram anderer Dörfer stimmen, der Sie nichts angeht und nicht interessiert.

Die Gemeindeversammlung oder die Stimmzettel werden erdrückt vom endlosen Kram aller Dörfer dieser Grossgemeinde. Für Anträge bleibt keine Zeit und kein Gehör. Der Fut-

terneid um die gemeinsame Kasse führt zum gegenseitigen Blockieren von Vorhaben. Wer hat noch Interesse an solchen Versammlungen und Abstimmungen, dazu in einem fernen Zentrum? Mit Zusammenschlüssen von Dorfgemeinden verabschieden wir uns vom Föderalismus. Das Interesse als treibende Kraft aller Mitbestimmung geht verloren.

Zusammenschlüsse von Dorfgemeinden sind keine «schlanke» Lösung, wie aus Schlagworten klingt. Die heutige Gemeindeebene (Dorf-gemeindeebene) wird der eingeschobenen neuen Ebene der Grossgemeinden aufgeladen und sorgt auf dieser Ebene für das heillos «alle stimmen über alles». Im Falle des Kantons Glarus sind die eingeschobenen Grossgemeinden zu gewichtig, um sich zu vertragen. Halbkantone sind selten miteinander glücklich gewesen. Unter drei Partnern dürfte das ähnlich sein.

Gibt es andere Lösungen? Man kann und sollte sich heute von der Auffassung lösen, dass eine politische Gemeinde mit der Verwaltung gekoppelt sein muss. Die Verwaltung ist heute weitgehend formalisiert, vereinheitlicht und digitalisiert und das geht noch weiter so. Das e-Government wird den traditionellen Verkehr der Einwohner mit der Verwaltung verdrängen. Das ist keine Einschränkung, sondern eine Erweiterung und Erleichterung des Service public. Dezentrale Verwaltungen in Gemeinden sind dann weder sinnvoll, weder notwendig, weder effizient noch bürgerfreundlich. So wird es dann etwa frag-

lich sein, ob die Gemeinden noch dauernd geöffnete Kontaktstellen anbieten. Die politische Struktur kann heute von der Verwaltung entkoppelt werden.

Die Glarner Kantonsstruktur könnte lauten:

- Zentrale Verwaltung für den ganzen Kanton. Keine Gemeindeverwaltungen mehr.
- Finanzhoheit beim Kanton mit einem gemeinsamen Budget.
- Jede der 29 Dorfgemeinden hat das Recht, eine politische Gemeinde zu bilden, Gemeindeversammlungen durchzuführen und einen Gemeinderat zu wählen.

Falls dieser Reformvorschlag Anklang findet, stelle ich diesen dem Glarner Regierungsrat als Memorialsantrag zu Händen des Landrates.

Jede der 29 Dorfgemeinden hat das Recht, mittels Gemeindeversammlungen und einem Gemeinderat selbstständig eigene Angelegenheiten zu bestimmen. Der Kanton hat kein Interesse daran, die Finanzierung von verhältnismässigen Vorhaben einer Dorfgemeinde zu verweigern. Dies im Unterschied zu Dorfgemeinden, die sich innerhalb einer Grossgemeinde gegenseitig streitig machen. Der Kanton ist am Gemeinwohl interessiert.

Die Finanzhoheit ermöglicht dem Kanton, die Gemeinden zu sinnvoller Kooperation für Vorhaben hinzuhalten und zu zwingen und überzogene und ungesunde Vorhaben zu unterbinden. Die Versammlung einer Dorfgemeinde und deren Gemeinderat geben dem Kanton Entscheidungsgrundla-

gen. Der Kanton braucht eine repräsentative Willenskundgebung einer Dorfgemeinde, um über eine Investition in dieser Gemeinde befinden zu können. Der Gemeinderat ist zudem das Verbindungsglied zwischen dem Dorf und dem Kanton für alle Belange. Dieser direkte Nervenstrang ist unverzichtbar. Die Werkbetriebe sind zentral verwaltet, stehen aber vor Ort ebenfalls mit den Gemeinderäten in enger Verbindung.

Die Frage um Zuständigkeiten zwischen Kanton und Gemeinden, die immer wieder zu Missbrauch, Doppelspurigkeiten und Lähmung führt, entfällt, ohne dass die Dorfgemeinden entmündigt sind. Selbstverständlich müssen nicht alle Verwaltungsgämter im Hauptort sitzen.

Dörfer, die sich bereits zusammengeschlossen haben, können wieder je eine eigenständige politische Gemeinde werden, wenn die Stimmbürger der entsprechenden Dorfgemeinde dieses beschliessen. Da die Verwaltungen der Dorfgemeinden entfallen und folglich Projektierungen, Finanzen, Personal, e-Government, etc. dem Kanton obliegen, sind die Gemeinderäte und ihre Vorsteher von diesen Lasten befreit. Diese wichtigen Ämter am Puls der Einwohner und der Geschehnisse sind folglich weniger zeitaufwendig und fordern keine einschlägigen Fachkenntnisse mehr.

So sind wieder mehr Leute bereit, diese Ehrenämter auszuüben. Sie sind Vertreter und Mittler der Einwohner und brauchen keine Fachleute zu sein. Jürg Blumer, Luchsingen